



«Entscheidend ist, wie es weiter geht mit der Bodenpolitik...»

Seit dem Frühling 2022 bilden Sibylle Marti und Tobias Langenegger die Führungscrew der SP-Kantonsratsfraktion. Das kleine Übergewicht der Mitte-links-Koalition der Legislatur 2019–2023 ist bei den letzten Wahlen zusammengeschmolzen. Heute stehen sich im Kantonsrat zwei genau gleich grosse Blöcke gegenüber, was das Politisieren erschwert und viel strategisches Fingerspitzengefühl erfordert. Inzwischen ist die Halbzeit der Legislatur erreicht. Das Sprachrohr nahm dies zum Anlass, die beiden über ihre Erfahrungen und Erwartungen zu befragen.



Sprachrohr: Sibylle und Tobias, schauen wir die kantonsrätliche Politik der letzten zwei Jahre an. Was habt ihr aus Sicht der SP erreicht?

Sibylle Marti: Gemessen daran, dass wir als linke Partei immer noch eindeutig in der Minderheit sind, konnten wir vor allem im Umweltbereich einige Erfolge verbuchen, so z.B. bei der klimaangepassten Siedlungsentwicklung.

Tobias Langenegger: Ja, in kernökologischen Themen waren und sind wir gut unterwegs. Aber sobald das liebe Geld ins Spiel kommt, wird es schwierig. Gerade in der Bildung sind die meisten Reformprojekte wie die Entlastung von Klassenlehrpersonen, der neue Berufsauftrag etc. an erhöhten finanziellen Aufwand gekoppelt, und da beissen wir auf Granit ...

(Fortsetzung auf S.2)

Aus dem Inhalt

	Seite
Jugendforum Zürcher Oberland	S. 4
50 Jahre Stadt Illnau-Effretikon - Ein Beitrag aus besonderer Perspektive	S. 6
Ein Illnauer Lehrstück in Gewaltenteilung	S. 8

Editorial

Mittendrin – und doch draussen?



Kurz vor Weihnachten schloss die Schweizer Regierung endlich die Verhandlungen über die neuen Verträge mit der EU ab. Es dauerte Jahre, bis es so weit war – und es

wird Jahre dauern und ist ungewiss, ob das Schweizervolk den Verträgen zustimmen wird. Es braucht Kompromisse, die viele nicht einzugehen bereit sind und die uns vielleicht wehtun, die aber für ein friedliches Zusammenleben in Europa wichtig sind. Wir sind mittendrin, umgeben von EU-Staaten. Können wir es uns wirklich erlauben, eine Sonderstellung mit vielen Privilegien einzufordern?

In der Mittelschule musste ich einen Vortrag über den Beitritt der Schweiz zur EFTA halten. Schon damals hielt ich es für unabdingbar, dass die Schweiz diese Verträge eingehen müsse. Ich schloss meine Überlegungen mit der Überzeugung, dass die EFTA-Mitgliedschaft nur ein erster Schritt zur Integration der Schweiz in die damalige Europäische Wirtschaftsgemeinschaft EWG sei. Für mich als junger Mensch eine Selbstverständlichkeit. Ich fühlte mich als Europäerin. Und ich bin heute immer noch der Überzeugung, dass ich dazugehören will, dass die Schweiz eine wichtige Funktion im Herzen der EU hat und Solidarität mit Europa zeigen muss. Ich war früher stolz, Schweizerin zu sein, und überzeugt, dass die ganze Welt uns bewundere – ich bin es nicht mehr, weil ich nicht in einem Staat leben will, der für sich immer wieder Privilegien beansprucht.

Katrin Reinhard, Lindau



(Fortsetzung: «Entscheidend ist, wie es weiter geht mit der Bodenpolitik...»)

S.M.: Schwierig wird es halt vor allem wegen der GLP. Sie zeigt sich sogar bereit, ihre eigenen Vorstösse als Sparopfer darzubringen. Es gab aber auch einige nennenswerte Erfolge wie die Harmonisierung der Unterstützung in der Asylvorsorge, die einer beträchtlichen Anzahl von vorläufig Aufgenommenen das Leben etwas erleichtert und die bis anhin herrschende unsägliche Gemeindelotterie abschafft ...

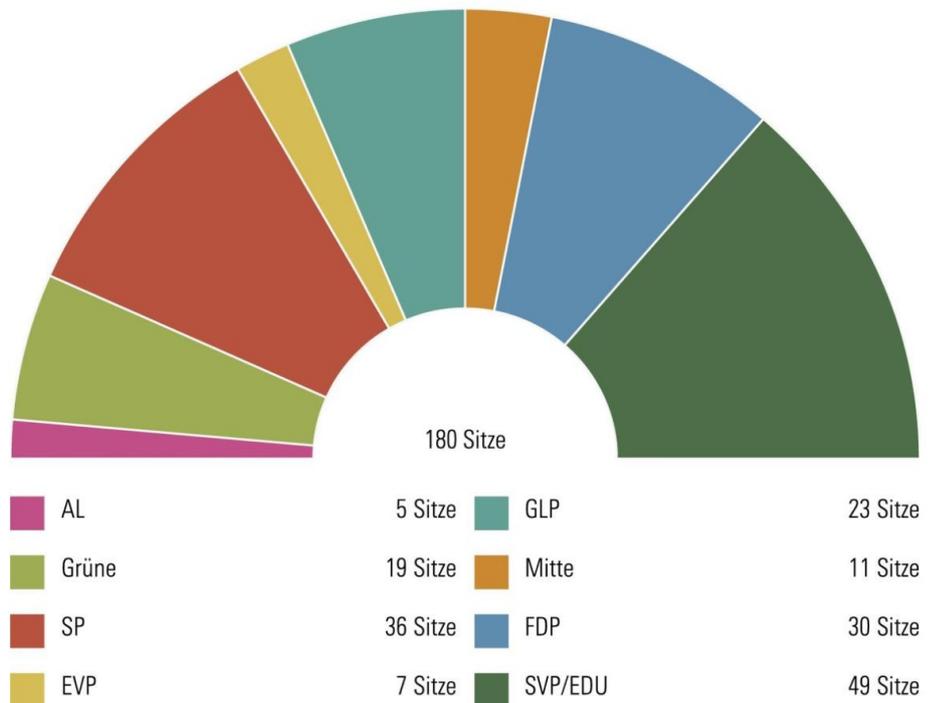
T.L.: ... oder auch dass wir gute Chancen haben, im Zuge unserer Vorstösse zur Stärkung der Kaufkraft die individuellen Prämienverbilligungen des Kantons auf 100 % der Bundesbeiträge zu erhöhen. Wir konnten einiges aus der letzten Amtsperiode noch ins Ziel bringen, jetzt ist es aber viel schwieriger, neue Projekte zu lancieren, wenn damit auch neue Kosten anfallen.

Spr: Wie wirkt sich das ausgeglichene Kräfteverhältnis im Alltag des Parlamentsbetriebs sonst noch aus?

S.M.: Die Präsenz bei den Abstimmungen ist noch wichtiger geworden. Das ist vor allem ein Problem, wenn eine Vorlage in den Kantonsrat zurückkommt. Es ist einfach grotesk, wenn eine Gesetzesvorlage zwei Jahre lang oder mehr von einer Kommission behandelt wurde und der mühsam erarbeitete Kompromiss dann wegen einer Zufallsmehrheit von 1 oder 2 Stimmen bachab geht. Wir versuchen deshalb, bei gesetzgeberischen Vorlagen solide Mehrheitsverhältnisse zu verhandeln. Das führt dann auch dazu, dass die Mitte und – in letzter Zeit vielleicht etwas weniger – die GLP umschwärmt werden (nicht nur von uns, auch von den Bürgerlichen!), um diese auf einen Deal festzulegen. Eben war der Erfolg auf unserer Seite, indem wir – zusammen mit der Mitte – die weitere Förderung der digitalen Kultur beschlossen haben.

T.L.: Das ist in dieser Legislatur wirklich eine Hauptaufgabe der Fraktionsspitze: die zeit- und energieaufwendige Sicherung von soliden Mehrheiten für wichtige Anliegen. Bei neuen Ausgaben brauchen wir wegen der Kostenbremse sogar mehr als 90 Stimmen. Das schaffen

Fraktionsstärken im Zürcher Kantonsrat seit 2023



QUELLE: STATISTISCHES AMT DES KANTONS ZÜRICH

NZZ / hub.

wir nicht allein mit der sogenannten Klima- und Fortschrittsallianz aus SP, Grünen, GLP, EVP und AL, sondern nur zusammen mit der Mitte.

S.M.: Wegen mangelnder Präsenz haben wir eigentlich nie Abstimmungen verloren. Da sind wir auf der linken Seite stark, denn wir wollen etwas erreichen!

Spr: Die NZZ attestiert der Klima- und Fortschrittsallianz beachtliche Erfolge...

S.M.: Ja, aber es ist schwieriger geworden mit der GLP. Das ist eine deutliche Veränderung gegenüber der letzten Legislatur.

T.L.: Die GLP währte sich immer schon ein bisschen – politisch und privat – auf der Sonnenseite des Lebens. Aber jetzt ist sie politisch unter Druck, weil sie in letzter Zeit bei den Wahlen verloren hat. Das hat Flügelkämpfe ausgelöst und führt zu extremer Unberechenbarkeit.

Spr: In welchen Bereichen stösst ihr auf die grössten Blockaden?

S.M.: Das ist sicher bei fast allen Kernanliegen der SP der Fall: etwa beim Service public oder in der Sozial- und Asylpolitik.

Spr: Und in der Finanzpolitik rennt ihr gegen eine Wand. Stimmt's?

T.L.: Die bürgerliche Seite ist im Bereich Finanzpolitik derart aktivistisch, vor allem mit ihren Steuersenkungsideen, dass wir in erster Linie mit Abwehrkämpfen beschäftigt sind. Im Mai 2025 werden wir voraussichtlich über eine der wichtigen Steuervorlagen abstimmen, die Senkung der Unternehmensgewinnsteuern. Und es wird weitergehen, sie wollen in der nächsten Budgetdebatte die Steuern nochmals senken... Und die Regierung neigt immer mehr dazu, in dieses Lied einzustimmen.

Spr: Und wie steht es mit der Lockerung der Schuldenbremse?

T.L.: Keine Chance! Die Bürgerlichen streben sogar eine Verschlechterung an, indem sie die Schuldenbremse an den Selbstfinanzierungsgrad binden wollen. Wir würden damit nochmals auf Vorrat



Investitionen kürzen – und im Nachhinein merken, dass man sie sich eigentlich hätte leisten können. Die zusätzlichen rund 350 Millionen von der Nationalbank werden ja jetzt auch ausschliesslich für den Schuldenabbau verwendet...

S.M.: ...statt sie für die Realisierung zurückgestellter Investitionen einzusetzen, die auch unserer Nachwelt zugutekommen würden. Wieso redet man Investitionen des Staats konstant schlecht und lobt nur die privaten Investitionen, obwohl beides gleichermassen zur Konjunktur und zur Arbeitsplatzsicherung beiträgt?

T.L.: Wir sparen, was das Zeug hält, in einer Situation, wo das Eigenkapital des Kantons sehr hoch und die Verschuldung so tief ist wie noch nie in den letzten 10 Jahren. Schauen wir doch nach Europa: Die Deutsche Bahn ist ein gutes

Beispiel für das, was passiert, wenn Investitionen vernachlässigt werden. Leider verliert auch die FDP immer mehr an Leuten, die das grosse Ganze und vor allem das Langfristige im Auge haben. Das kurzfristige finanzielle Gutdastehen ist ihnen wichtiger als der Blick über den Tellerrand hinaus. Für uns steht fest: Der Staat funktioniert anders als eine Unternehmung, der Zeithorizont ist ein ganz anderer. Diese Einsicht ist leider weitgehend verloren gegangen.

Spr: Habt ihr euch für die nächsten zwei Jahre noch etwas vorgenommen?

S.M.: Ja, wir haben eben noch verschiedene Vorlagen im Bildungsbereich wie der neue Berufsauftrag für Lehrpersonen, die wir vorantreiben wollen, auch bei der KITA-Finanzierung sind wir dran

und im Bereich der frühkindlichen Bildung.

T.L.: Und das Thema Wohnen wird ganz zentral werden. Wir haben jetzt insgesamt fünf Initiativen zu diesem Thema. Selbst die Volkswirtschaftsdirektorin meinte an einer Pressekonferenz Mitte Dezember, jetzt gehe es um die Wurst. Wir werden uns da massiv ins Zeug legen! Es wird entscheidend sein, wie es weiter geht in der Bodenpolitik. Was uns auch wichtig ist, ist der Schutz der Grundrechte und der Erhalt der rechtsstaatlichen Tradition.

Spr: Apropos Rechtsstaatlichkeit – darum ging es u.a. auch beim jetzt geglückten Erhalt des Landhauses im Illnauer Dorfzentrum. Aber das ist jetzt vor allem ein Gemeindethema. Herzlichen Dank für das interessante Gespräch.

Nachgefragt

bei Brigitte Rööfli, Kantonsrätin SP

Sprachrohr: Wie fühlt es sich an mit den beiden Hüten Stadträtin und Kantonsrätin? Alles bestens?

B.R.: Es passt sehr gut, ich kann auch immer wieder wählen, in welcher Rolle ich auftreten möchte. Zudem gibt es spannende Fragestellungen, wo ich vom Insiderwissen profitieren kann.

Spr: Der Stadtpräsident hat dein Ressort in seiner Neujahrsansprache explizit gelobt. Kriegst du als Kantonsrätin auch von irgendwo Lob oder wenigstens eine Rückmeldung?

B.R.: Die Arbeit des Kantonsrates wird in der Öffentlichkeit zu wenig wahrgenommen. Die Berichterstattung in den Medien ist sehr dürftig, deshalb ist es auch klar, dass ich dieses Amt viel mehr im Verborgenen ausführe, obwohl es eigentlich viel öffentlicher ist.

Spr: Apropos Lob: Was für eine Note gibst du eurem Fraktionspräsidium, Sibylle und Tobias? Lebt es sich gut in der SP-Fraktion?

B.R.: Die machen das gut. Sie sind recht gegensätzlich und dadurch gibt es auch einen breiten Blick.

Spr: Du bist seit 2023 in der Kommission für Sicherheit und Gesundheit. Da kannst du als Fachperson aus dem Vollen schöpfen. Welches sind die brennendsten Themen?

B.R.: Der Fachkräftemangel im Gesundheitsbereich ist riesig. Uns ist es deshalb wichtig, die Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen in den Gesundheitsberufen zu verbessern. Auch sind

die Krankenkassenprämien für die niedrigen Einkommen sehr belastend. Hier versuchen wir, die Beiträge des Kantons für die individuelle Prämienverbilligung zu erhöhen. Und das Gesundheitswesen ist geprägt von der hoch spezialisierten Medizin. Die Grundversorgung mit Hausarztpraxen ist unattraktiv und wird vernachlässigt. Wir fordern, dass durch integrierte Versorgung der ganze Kanton grundversorgt wird.

Spr: Danke, Brigitte, und weiterhin viel Mumm und Erfolg.

Neue Webseite

Die SP Illnau-Effretikon/Lindau hat eine neue Webseite. Diese kann über den QR-Code oder unter effretikon.spschweiz.ch abgerufen werden.

Die alte Webseite (effretikon.spkantonzh.ch) wird nicht länger genutzt und demnächst offline genommen.

Grund dafür ist eine von der SP Schweiz angestrebte Vereinheitlichung des Designs der Webseiten der Sektionen.





Das neue Führungsduo der SP Kt. Zürich stellte sich vor

Nach gerade mal 150 Tagen im Amt präsentierten sich Michèle Dünki-Bättig und Jean Daniel Strub als neues Co-Präsidium der SP Kanton Zürich bei der SP 60+ZH. Sie gaben einiges über ihre Pläne und Überzeugungen an die zahlreiche Zuhörerschaft weiter.

Rasch wurde das Thema der Spannungen zwischen der SP Stadt und der SP Land zum Schwerpunkt der Diskussion. Michèle hat als einzige SP- und als einzige linke Gemeinderätin von Glattfelden grosses Verständnis dafür, dass die unterschiedlichen Lebensrealitäten auch andere politische Verhaltensweisen mit sich bringen. Jean Daniel als Stadt-Sozi betont, dass 90 % der SP-Positionen, die von der Stadtpartei bezogen würden, auch für das Land relevant und dort akzeptiert seien. Dabei übernehme die Stadt manchmal auch eine gewisse Vorreiterrolle wie bei den Tempo-30-Zonen oder der Parkplatzbewirtschaftung. Das Co-Präsidium ist sich einig, die urbane und rurale SP noch stärker zusammenbringen zu wollen. Die Zeiten mit Stadt-/Landlisten für NR-Wahlen sind wohl eher vorbei!

Warum haben so viele SP-Sektionen auf dem Land Mühe zu überleben? Das grösste Problem – das war zumindest die Meinung des Publikums – ist der Mangel an Nachwuchs für die Vorstandsarbeit. Ein Hinweis, der mir bemerkenswert schien: Man muss die Leute persönlich abholen, wenn sie sich melden, und es gilt auch, aktiv auf Fachkräfte, die in der Gemeinde wohnen, zuzugehen und aufzuzeigen, dass sie ihre fundierten Positionen in der SP politisch zur Geltung bringen können, auch in den Fachkommissionen der kantonalen SP.

Fusionen schwächerer SP-Sektionen werden heute sowohl von der Parteileitung als auch vom Publikum eher skeptisch gesehen. «Man kann nicht von aussen Lokalpolitik betreiben.»

Einer der Schwerpunkte der politischen Arbeit des Führungsgremiums wird es

sein, Mitglieder auf dem Land zu motivieren, für politische Ämter in ihren Wohngemeinden zu kandidieren. Es braucht dazu einen langen Schnauf. Doch es zeigt sich immer wieder: Viele SP-Positionen werden mit der Zeit mehrheitsfähig. Es ist auch falsch, Verbotspolitik von vorneherein zu diskreditieren. Viele Verbote, die früher heftige Reaktionen hervorgerufen haben – wie Waldvorschriften, Kläranlagenanschlüsse oder das Rauchverbot – sind heute selbstverständlich.

Die beiden betonten in ihrem Schlusswort, dass sie einen sehr gut funktionierenden Parteiapparat übernehmen konnten. Das Hauptziel ist und bleibt die Verteidigung der demokratischen Werte und der sozialen Gerechtigkeit. Vielleicht nicht mehr ganz so selbstverständlich wie auch schon.

Ueli Annen

Jugendforum Zürcher Oberland

Angebote für Jugendliche sind im Zürcher Oberland bei Weitem nicht so zahlreich wie in den grossen Städten, insbesondere wenn es um politische Partizipation geht. Mit den Jugendparlamenten Zürich und Winterthur als Vorbilder ist im März des vergangenen Jahres ein Gefäss entstanden, das dieser Lücke entgegenwirken will: das Jugendforum Zürcher Oberland.

Das Jugendforum versteht sich als Plattform für politische Bildung und Mitgestaltung im Zürcher Oberland. Es wurde mehrheitlich von Mitgliedern der regionalen Jungparteien, aber auch von parteilosen Jugendlichen ins Leben gerufen.

Bereits hat der Vorstand einige Arbeitsgruppen (AG) ins Leben gerufen wie beispielsweise die AG Events, die Öffentlichkeitsarbeit oder die AG Politische Bildung. Der eigentliche Auftakt des Forums fand im Sommer mit einer Kick-off-Veranstaltung statt. Knapp 20 Personen verfolgten dabei Inputs von Mitgliedern des Jugendforums sowie von Nicola Gross vom Dachverband

der offenen, verbandlichen und kirchlichen Kinder- und Jugendförderung Kanton Zürich.

Um Jugendliche abzuholen und für die Politik zu begeistern, organisiert das Jugendforum Zürcher Oberland eine Vielzahl an Events: Einmal im Monat findet ein Stammtisch statt, bei dem es in erster Linie darum geht, sich kennenzulernen und auszutauschen. An den politischen Spielabenden werden unterschiedliche Spiele gespielt, die Politik auf unterhaltsame Art und Weise näherbringen. Letzten Herbst besuchte das Jugendforum zusammen mit dem Jugendparlament Winterthur die SRF-Arena zur Sparpolitik des Bundes. Zu-

sammen mit dem Wetziker Stadtparlament wurde eine Dialog-Veranstaltung organisiert, bei der die politische Teilhabe von Jugendlichen im Fokus stand.

Das Forum freut sich über neue Mitglieder ab 14 Jahren. Bei Interesse kann auch immer unverbindlich bei Veranstaltungen vorbeigeschaut werden. Alle Informationen dazu und zum Jugendforum selbst finden sich auf www.jugendforum-zo.ch und auf den Social-Media-Kanälen.

Dario Vareni
Vorstandsmitglied Jugendforum

Aus der Fraktion

Schau bloss nicht hin!

Im Film «Don't Look Up» wird die Erde von einem Meteoriten-Einschlag bedroht, doch die Lösung der Politik besteht darin, den Menschen zu raten, einfach nicht nach oben zu schauen, weil dann gebe es auch kein Problem. Ähnlich verhält es sich heute in vielen Bereichen der gesellschaftlichen Lösungsfindung, so auch in unserer Stadt, wenn es um das städtische Budget und vor allem um den Steuerfuss geht.

Die SP-Fraktion hat schon lange auf das Kostenwachstum, das primär durch äussere Faktoren getrieben wird, hingewiesen und auf die nun rapide steigenden, dringend benötigten Investitionen. Die Senkung des Steuerfusses auf 110 % lehnten wir ab und forderten schon vor einem Jahr 115 %. Nun reagierte unser Stadtrat mit einem Jahr Verspätung und einem zögerlichen Antrag auf 113 %.

Aber anstatt sich der Realität zu stellen und zu akzeptieren, dass Illnau-Effretikon aufgrund der Lage, des Sozialindex und des Anteils juristischer Personen keine 110 %-Steuerfuss-Stadt ist, wird in unseren rechts-konservativen Kreisen lieber entgegen allen Argumenten geglaubt, gewünscht und gehofft und im Parlament weiter auf 110 % gepocht. Es wird geglaubt, dass noch Luft in der Verwaltung ist, ohne zu sa-

gen oder zu wissen, wo. Es wird gewünscht, dass das Personalwachstum gestoppt wird, ohne Vergleich mit anderen Gemeinden. Es wird gehofft, dass das maximale Verscherbeln von städtischem Grund dann schon für teure Immobilien und somit für gute Steuerzahlende sorgt. Mann und Frau gibt sich lieber liberal-libertär-ideologischem Wunschdenken hin, dass es dann schon irgendwie gut kommt, wenn wir unserer Gemeinschaft nur möglichst wenige Mittel zur Verfügung stellen.

Steuern sind eines der wichtigsten sozialpolitischen Instrumente. Wer unsere Gemeinschaft mit tiefen Steuern aushungert, darf sich nicht wundern, wenn er oder sie am Schluss sozialen Unfrieden erntet. Arbeit, Technologie und Umwelt stehen zum Teil vor gravierenden Veränderungen. In einer solchen

Zeit sollen die Menschen durch unsere Gemeinschaft Sicherheit erfahren, aktiv begleitet sein und nicht durch ein Spardogma zusätzlich bedroht werden. Von tiefen Steuern profitieren letzten Endes nur die sehr gut Verdienenden. Auch wenn uns die Anhänger liberal-libertärer Ideologien gerne etwas anderes vorgaukeln. Leistungsüberprüfungen oder, um es beim Namen zu nennen, Sparprogramme treffen am Schluss alle anderen und schüren zusätzliche Unsicherheiten.

Nun ist wenigstens der stadträtliche Antrag auf 113 % durchgekommen. Er wird nicht reichen. Wir werden weiter mit Fakten und Argumenten für das Akzeptieren der Realität kämpfen.

**Markus Annaheim
Stadtparlamentarier SP**

28 neue Alterswohnungen für Winterberg

Der 24. November 2024 war für die Genossenschaft für Alterswohnungen in Lindau ein Freudentag. Die Stimmberechtigten der Gemeinde stimmten dem Antrag des Gemeinderates zu, der Genossenschaft für den Bau von 28 weiteren Alterswohnungen in Winterberg eine Bürgschaft von 8 Mio. Franken zu gewähren. Auch der Baurechtsvertrag für die Parzelle des alten Dorfladens wurde genehmigt. Jetzt kann die Genossenschaft mit ihrem Bauprojekt zügig weiterfahren.

2018 hatte die Genossenschaft allen über 65-Jährigen der Gemeinde folgende Frage gestellt: «Sind Sie daran interessiert, im Zeitraum von 5 – 10 Jahren in eine Wohnung der Genossenschaft einzuziehen zu können?»

Von den 233 Antwortenden hatten 159 ihr Interesse bekundet. Das war für die Genossenschaft die Basis, um mit den Investoren der Überbauung Oelwis/Blankenwis und der Gemeinde das Gespräch aufzunehmen. Die Gemeinde sicherte früh Unterstützung durch ein Darlehen und Baurechte zu. Auch der Trägerverein des Dorfladens Winterberg wurde mit ins Boot geholt, um zu

klären, wie der Laden ins Bauprojekt integriert werden könnte.

Ende 2019 waren erste Entwürfe für die Überbauung ausgearbeitet, mit den Banken fanden erste Gespräche statt. Jedoch verzögerte sich das Vorkommen durch die ausstehende Genehmigung des Gestaltungsplans Oelwis/Blankenwis, der erst im Dezember 2022 verabschiedet wurde.

Danach wurde das Projekt überarbeitet, der Standort des neuen Ladens festgelegt, die Unterstützung durch die Gemeinde in Form einer Bürgschaft statt eines Darlehens und des Kaufs

einer Parzelle wurde ausgehandelt und im November den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern unterbreitet. Die Baueingaben sind seither erfolgt und sobald eventuelle Einsprachen erledigt sind, kann mit dem Bau begonnen werden. Die Wohnungen sollten im Frühjahr 2027 bezugsbereit sein, der Laden dann ein Jahr später öffnen.

Die Genossenschaft für Alterswohnungen dankt den Stimmberechtigten für das ihr entgegengebrachte Vertrauen.

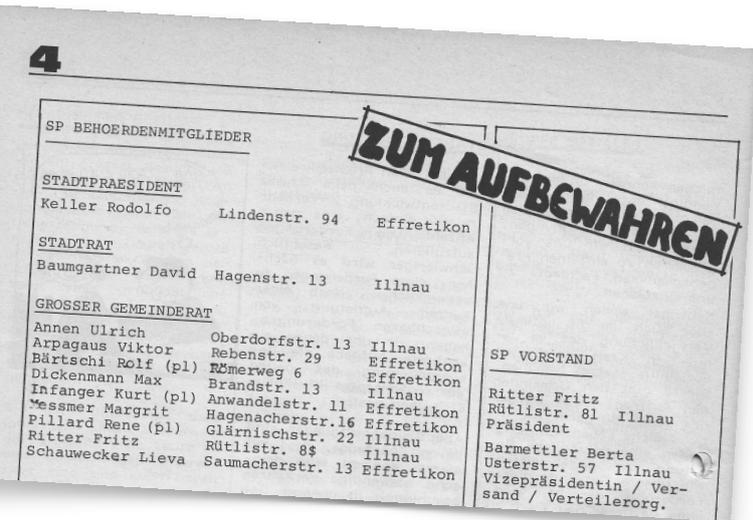
**Peter Reinhard
Präsident der Genossenschaft
Alterswohnungen**

50 Jahre Stadt Illnau-Effretikon

Ein Beitrag aus besonderer Perspektive

Atmosphärisch fühlte es sich an wie ein grosses Klassentreffen. Alle Personen, die in den vergangenen 50 Jahren je im Stadtparlament gesessen sind, waren zu einer Feier geladen, die gewitzigt temporeich und gehaltvoll war. Kompliment an die Stadt! Überall traf man alte Bekannte, oft erst nach Blick auf das Namensschild erkennbar. So auch Kurt Infanger aus Bern, der mich daran erinnerte, dass ich ihn 1982 dazu animiert hätte, auf der SP-Liste zu kandidieren. Er hatte sich sehr über die Einladung ans Jubiläumsfest gefreut und zeigte sich bereit, einen kurzen Beitrag fürs Sprachrohr zu verfassen.

Ueli Annen



Wohnquartieren gefordert, u.a. auch für die Tannstrasse. Doch das wurde damals abgelehnt.

Nun, 42 Jahre später, bin ich nach Effretikon zurückgekehrt. Das neue Stadthaus und die ausgezeichnete Gesamtanierung der Schulanlage Watt zeigen die Weiterentwicklung. Eine tiefe Baugrube beim Bahnhof deutet auf weiteren Wandel hin.

Die persönliche Einladung zur Jubiläumsfeier 50 Jahre Parlament war eine grosse Überraschung. Unter den 219 Parlamentariern seit der Parlamentsgründung, stand auch mein Name. 1982 wurde ich auf der SP-Liste ins Parlament gewählt, musste jedoch bald zurücktreten, da ich – unerwartet – beim Bundesamt für Umweltschutz (heute BAFU) in Bern zum ersten Verkehrsingenieur gewählt wurde. Damals setzte der Bundesrat zur Luftreinhaltung die noch heute gültigen Tempolimiten von 80 km/h ausserorts und 120 km/h auf Autobahnen fest.

Die Diskussion um tiefere Tempolimiten innerorts hatte mich in Effretikon politisiert. Ich war 1978–1982 beteiligt am ETH-Forschungsprojekt «Schutz in Wohngebieten». Die SP hatte Massnahmen zur Verkehrsberuhigung in

Vom Kirchenhügel aus wirkt Effretikon nachhaltig gewachsen. Renovationen und innere Verdichtung prägen das Bild. Die Siedlung bei der Anwandelstrasse hat sich nicht weiter ausgedehnt. Tempo 30 wurde flächendeckend in den Quartieren realisiert. Aber wo sind die Begegnungszonen mit Tempo 20 und attraktive Plätze für Aktivitäten? Auch durchgehende Velowege auf den verkehrsreichen Strassen fehlen.

Ein Drittel aller Autofahrten ist kürzer als 3 km, ja jede zehnte endet nach 1 km – hier liegt beachtliches Umsteigepotential aufs Velo oder zu Fuss versteckt. Bei der Förderung des Langsamverkehrs hat Effretikon noch Aufholbedarf.

Kurt Infanger



In Bern gehörte Kurt Infanger bald zu den Pionieren im Umweltbereich, z.B. bei der Einführung von Katalysatoren. 1991 wechselte er ins Generalsekretariat des UVEK (Bundesrat Leuenberger!) und war über 20 Jahre massgeblich an der Schweizer Verkehrspolitik beteiligt. Ab 2000 war er im Bundesamt für Bauzonenstatistik tätig und realisierte die erste Bauzonenstatistik der Schweiz, die der Zweitwohnungsinitiative als Basis diente.



Abstimmungsparolen

Abstimmungswochenende vom 9. Februar 2025

Nationale Vorlage

Umweltverantwortungsinitiative

JA

Illnau-Effretikon

Erweiterung Schulraum Eselriet

JA

Kommentar zur Erweiterung Schulanlage Eselriet

Im Zentrum von Effretikon wird gebaut. Aufgrund der aktuellen Planungs- und Bautätigkeit wird mit einer Zunahme der Bevölkerung von 1 % pro Jahr gerechnet. Damit auch in Zukunft genügend Raum für Schulunterricht und Betreuung der Schülerschaft vorhanden ist, braucht es eine Erweiterung der Schulanlage Eselriet. Am 9. Februar 2025 befindet das Stimmvolk über den Objektkredit von 15,485 Mio. Franken für diese notwendige Erweiterung.

Auf der Schulanlage Eselriet sollen vier Klassenzimmer, ein Singsaal, mehrere Therapie- und Gruppenräume und Räume für ein Förderzentrum erstellt werden. Sehr wichtig sind auch alle Räumlichkeiten für die stetig wachsende Betreuung. Auch der Hausdienst der grossen Anlage benötigt entsprechende Flächen. Für die Sportvereine wird ein Mehrzweckraum erstellt. Wichtig bei all diesen Räumen ist deren Mehrfachnutzung. So kann zum Beispiel der Singsaal nicht nur schulintern gebraucht werden, er wird auch für kulturelle Anlässe zur Verfügung stehen. Küche und Essraum der Tagesbetreuung im Erdgeschoss des neuen Gebäudes werden auch die Sportvereine nutzen können. Auch im Hinblick

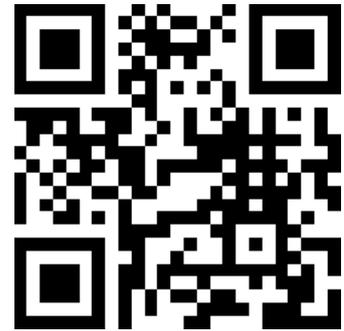
auf das Projekt „Schule Plus“ – der Weiterentwicklung des Tagesschulprojektes – flossen schon verschiedene Überlegungen in die Gesamtplanung ein. So sollen die Bereiche Unterricht und Betreuung über die Jahre hinweg noch näher zusammenarbeiten.

Der gesamte Zugangsbereich zur Schulanlage wird ebenfalls neu konzipiert mit naturnahem Spielbereich und Sitzgelegenheiten mit Bäumen. Neben den neuen Wegen werden Abstellplätze für die vielen Kickboards und Velos geschaffen.

Das Stadtparlament hat dem Geschäft ohne Gegenstimme zugestimmt.

Detaillierte Unterlagen zum Projekt finden sich hier:

www.ilef.ch/bauprojekte/53893



Samuel Wüst
Leiter Abteilung Bildung

In Kürze

Wahl ins Bezirksgericht. Stefan Zuber (Grüne) wurde mit über 1500 Stimmen Vorsprung auf Livia Schlegel (SP) gewählt. Schon eine oberflächliche Wahlanalyse zeigt: Der leichte Vorsprung von Schlegel in Illnau-Effretikon reichte bei Weitem nicht aus, um den Heimvorteil von Zuber in Pfäffikon zu kompensieren. Grüne und SP fischten im gleichen Teich. Fazit: Verwurzelung im Lokalen ist immer noch eine gute Voraussetzung für den Erfolg bei Lokalwahlen.



Vor allem bedauerlich ist das Resultat, da die SP eine herausragende Kandidatin präsentieren konnte. Wir sind überzeugt, dass Livia Schlegel bald andernorts von sich hören lassen wird – ein Verlust für den Bezirk Pfäffikon ...

Die FDP und SVP reichten im November ihre **Initiative zum Verkauf des Grundstücks des Alten Werkhofs** ein. Sie wollen damit den Stadtratsplan verhindern, 50 % des Areals für vergünstigten Wohnraum zu nutzen. Die Bürgerlichen wollen, dass dieses «ohne wertmindernde Auflagen wie Mietzinsbeschränkungen, Vorgaben zum vergünstigten Wohnungsbau oder zur Kostenmiete» verkauft wird. Ihr Argument, damit die Steuerzahlenden entlasten zu wollen, greift aber zu kurz. Sie ignorieren den ausgewiesenen und breit anerkannten dringenden Bedarf an günstigem Wohnraum, der durch die Neuentwicklung des Effretiker Zentrums entstanden ist.

Ein echtes Zeitdokument ist das eben erschienene Jahrheft 2025: Wer sich zu den Veränderungen im Zentrum von Effretikon Fragen stellt, erhält hier Antworten. Erhältlich für 10.– Fr. über www.hotzehuus.ch oder per Mail an lotti.isenring@gmx.ch, im Stadthaus, beim Beck Nüssli und in den Bibliotheken.



Ein Illnauer Lehrstück in Gewaltenteilung

Zur grossen Überraschung von genau niemandem hat das Bundesgericht den Abriss des Landihauses in Illnau definitiv verhindert. Dass ein geschütztes Baudenkmal nicht einfach per Volksentscheid abgerissen werden kann, hätte eigentlich von Anfang an klar sein müssen – besonders einer an Juristen nicht gerade armen FDP, die dieses Fiasko massgeblich zu verantworten hat.

Stattdessen wurde ein jahrelanges, kostspieliges Rechtsverfahren vom Zaun gebrochen. Ausgerechnet jene Parteien, die uns Linken in jeder Budgetdebatte vorhalten, das Geld wachse nicht auf den Bäumen, haben hier massiv Steuergelder verschwendet, für aussichtslose Gerichtsverfahren und Projektierungsgelder für die Mülltonne.

Besonders bedenklich war aber der Versuch, mittels Volksabstimmung Druck auf die Justiz auszuüben. In einem Rechtsstaat entscheiden Gerichte nach geltendem Recht, nicht nach politischer Opportunität. Dass ausgerechnet die FDP als selbst ernannte Hüterin liberaler Werte versuchte, die richterliche Unabhängigkeit zu untergraben, indem sie an der Urne den Souverän über das Recht stellen wollte, ist mehr als befremdlich und ein gefährlicher Präzedenzfall.

Nun ist es an der Zeit, umgehend das zu tun, was von Anfang an der vernünftiger Weg gewesen wäre: das historisch und architektonisch wertvolle Landihaus angemessen zu sanieren. Zusammen mit einer sorgfältigen Umgebungsgestaltung kann



so ein attraktiver Dorfplatz entstehen – anstelle des heutigen Parkplatzes. Das wäre ein echter Mehrwert für Illnau.

Die Geschichte des Landihauses zeigt exemplarisch: Populistische Politik und der Versuch, rechtsstaatliche Prinzipien auszuhebeln, führen in die Sackgasse. Nachhaltige Entwicklung braucht Visionen im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten. Diese Lektion haben wir alle teuer bezahlt.

David Gavin

Präsident Geschäftsprüfungskommission 2018–22



agenda

impresum

Redaktion Ueli Annen
Barbara Braun

Layout David Gavin

Druck Mattenbach AG,
Winterthur

Redaktionsadresse

sprachrohr c/o Ueli Annen
Oberdorfstrasse 13, 8308 Illnau
Telefon 052 346 11 93
Email: uannen@hispeed.ch

Redaktionsschluss sprachrohr 2/25:
10. April 2025

Do. 30. Jan	19.15 Uhr	Sitzung Stadtparlament
Sa. 1. Feb	10.00 Uhr	Stamm, Café Alhambra, Effretikon
So. 9. Feb		Abstimmungssonntag
Sa. 22. Feb	11.30 Uhr	Parteitag SP Schweiz, Simplonhalle, Brig
Mo. 24. Feb	19.00 Uhr	Fraktionssitzung, Stadthaus, Sitzungszimmer 512
Do. 27. Feb	19.00 Uhr	Delegiertenversammlung SP Kt. ZH, Volkshaus, Zürich
Sa. 1. März	10.00 Uhr	Stamm, Café Alhambra, Effretikon
Do. 6. März	19.15 Uhr	Sitzung Stadtparlament
Mo. 24. März	19.00 Uhr	Fraktionssitzung, Stadthaus, Sitzungszimmer 512
Do. 3. April	19.15 Uhr	Sitzung Stadtparlament
Sa. 5. April	10.00 Uhr	Stamm, Café Alhambra, Effretikon
Fr. 11. April	18.30 Uhr	GV SP ilef/Lindau, Singsaal Oberstufe Hagen, Illnau
Mi. 7. Mai	19.00 Uhr	Sektionsversammlung: Besichtigung Baustelle Mehrzweckgebäude